

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Durlacher Tagblatt. 1920-1964 1922

147 (28.6.1922)

Durlacher Tageblatt

(Durlacher Wochenblatt gegründet 1829) mit den amtlichen Bekanntmachungen für den Amtsbezirk Durlach.

Erscheint täglich nachmittags, Sonn- und Feiertage ausgenommen.
Bezugspreis: Durch unsere Boten frei ins Haus im Stadtbereich
monatlich 15 M., Postbezug monatlich 15 M. 55 Pfg., Einzelnummer
und Belegblatt 70 Pfg.

Redaktion, Druck und Verlag: Adolf Dups, Durlach, Mittelstraße 6
Fernsprecher 204.



Die einseitige Beilage oder deren Raum 1 M., Reklamezeile
4 M. 50 Pfg. Schluß der Anzeigenannahme tags zuvor nach-
mittags 4 Uhr, für dringliche Familien-Anzeigen am Erscheinungstag
1/2 Uhr vormittags. Kleine Anzeigen sind sofort zu bezahlen. Für
Pinsvorschriften und Tag der Aufnahme kann keine Gewähr über-
nommen werden. Im Fall höherer Gewalt hat der Bezieger keine
Ansprüche bei verspäteter oder Nichterscheinen der Zeitung.

Nr. 147.

Mittwoch den 28. Juni 1922.

93. Jahrgang.

Deutscher Reichstag

(27. Sitzung)

Berlin, 26. Juni. Die Sitzung wird nachmittags 12.30 Uhr eröffnet. Am Regierungstisch Reichsarbeitsminister Brauns.

Eingegangen ist ein Gesetzentwurf über die letzten Vereinbarungen mit Polen wegen der Räumung Oberschlesiens. Die Vorlage soll noch im Laufe des heutigen Tages erledigt werden. — Eine Interpellation Dr. Reichert (Dn.), die sich gegen die dauernde Erhöhung der Eisenbahngütertarife richtet, wird innerhalb der vorgeschriebenen Frist beantwortet werden. Ebenso eine Interpellation Dr. Petersen (Dem.), die Aufforderung über die Kriegsschuldfrage verlangt. — Das Gesetz zur Verlängerung der Geltungsdauer des Wohnungsmangelsgesetzes bis zum 31. März 1923 wird angenommen. — Ebenso wird der Kündigungsschutz für Schwerkräftige bis zum 1. Januar 1923 verlängert. — Das Gesetz zur Erhöhung der patentamtlichen Gebühren wird ebenfalls in allen drei Lesungen in der Ausschusssitzung angenommen.

Es folgt der Gesetzentwurf zur Verlängerung der Pacht- und Leihverträge. Ferner werden die obersten Landesbehörden ermächtigt, Pachtverträge zu errichten. Der Gesetzentwurf beruht auf einer Vereinbarung der Regierung mit Interessenteneverbänden. Die Vorlage dient in erster Linie dem Schutz der kleinen Pächter.

Abg. Schiele (Dn.) erhält den Ausschussbericht. Der Gesetzentwurf sieht die Verlängerung bis zum 30. September 1924 vor. Grundlegende Änderungen des Gesetzes bringt er nicht. Der Ausgleich der Grundstücke bis zu 10 Hektar unter die Bestimmungen des Gesetzes fällt.

Abg. Dr. David (Soz.) weist darauf hin, daß die Steuererhöhung politische Bedeutung habe, besonders im Rheinland. Der Pachtsschutz sei notwendig in sozialer Hinsicht.

Abg. Hagemann (Str.) bezeichnet die Pachtsubvention als ein dringendes Erfordernis der Zeit. Das Gesetz liege auch im Interesse der Produktionsförderung. Streitigkeiten müssen möglichst schiedsgerichtlich erledigt werden.

Abg. Horn (U.S.P.) fordert weitgehende Rechte für die Kleinpächter. Auch das Kleingärtnerwesen müsse besser unterstützt werden.

Abg. Kroll (Dem.) tritt für den Antrag seiner Partei ein.

Abg. Dr. Gildemeister (D. V.) verlangt paritätische Durchföhrung des Gesetzes gegen Pächter und Verpächter und unterstützt den demokratischen Antrag, die Grenze auf 7 1/2 Hektar herabzusetzen.

Abg. Heidemann (Konum.) wendet sich gegen die geringen Pachtzinne, die die Domänenpächter dem preussischen Fiskus bezahlen.

Abg. Jäger (Soz.) begründet einen Antrag zugunsten der Deputiertenarbeiter.

Damit schließt die Aussprache. Der Abänderungsantrag werden sämtlich abgelehnt, bis auf einen Antrag Gildemeisters (D. V.), der die Vereinbarung besonderer Schlichtungstellen für zulässig erklärt. Hierauf wird das Gesetz in zweiter und dritter Lesung einstimmig angenommen. — Mit Rücksicht darauf, daß die Rede Dr. Rathenau im Reichstag nun aufgehoben wird, verlagert sich das Haus. Der Präsident erhält die Ermächtigung, den Tag der nächsten Sitzung festzusetzen.

Schluß der Sitzung 4.15 Uhr.

Die Getreidemlage im 5. Ausschuss.

Minister Fehr für Zwangswirtschaft.

Im 5. Ausschuss (Volkswirtschaft) begannen die Beratungen über den Gesetzentwurf zur Regelung des Verkehrs mit Getreide aus der Ernte 1922 (Getreidemlage). Als Berichterstatter wurde der Abg. Hepp (D. V.) bestimmt. Den Standpunkt der Deutschnationalen zu diesem Gesetzentwurf vertrat

Abg. Dr. Heide.

Unter Bezugnahme auf seine Rede im Plenum sprach der Redner die vom Ernährungsministerium in Aussicht genommene Verdoppelung des Brotpreises, die er als viel zu hoch ablehnte und verlangte, daß von seiten der Reichsregierung eine Aktion zur wirklichen Verbilligung des Brotpreises für die verorgungsberechtigte Bevölkerung in Angriff genommen werden müsse. Diese Verbilligung müsse aber auf Kosten der Allgemeinheit aus Reichsmitteln vorgenommen werden. Die Entente habe kein Recht, uns zu verbieten, die Bevölkerung vor Hunger und Elend zu schützen. Der Zweck, den die Vorlage verfolge, kann auf dem Wege, den der Gesetzentwurf gehen will, unmöglich erreicht werden.

Alle Organisationen der Landwirtschaft haben sich in ähnlicher Weise gegen die Fortführung der Getreidemlage ausgesprochen, dagegen haben sie sich bereit erklärt, die rechtzeitige Verorgung mit Brotgetreide sicherzustellen; Sache der Regierung sei es, dann den Brotpreis durch Reichsmittel zu verbilligen. Die Gefahr, daß die Getreidemlage zu einer dauernden Einrichtung werde, liegt nahe, das wäre der Ruin des Getreidebanes. Der Antrag der Sozialdemokratie, die Umlage auf 4 1/2 Millionen Tonne zu erhöhen, sei angesichts der diesjährigen Ernte ganz unmöglich und unüberführbar. Die Deutschnationale Volkspartei und einige Mitglieder der Deutschen Volkspartei stellen den Antrag, den Artikel 1 des Gesetzentwurfs abanzulassen und damit den freien Verkehr mit Getreide inländischer Ernte herzustellen. Der Weg zur Sicherung und Verbilligung des Brotgetreides werde durch folgende Entscheidung geeicht. Er bitte dringend, den Antrag und die Entscheidung anzunehmen.

Die Entscheidung lautet:

„Der Reichstag wolle beschließen, die Reichsregierung zu ersuchen:

1. angeht mit den landwirtschaftlichen und Handelsvertretungen zwecks Sicherung von je 450.000 Tonne Brotgetreide bis zum 15. Dezember d. J. und von weiteren 900.000 T. bis zum 15. Febr. 1923 an das Reich zum Durchschnittspreis, der an dem Berliner Getreidemarkt in den diesen Sicherungsperioden vorhergegangenen 2 Monaten notiert worden ist, einzutreten, und die zum Ankauf dieser Mengen erforderlichen Mittel bereit zu stellen;
2. die Reichsgetreidekasse durch Bereitstellung der erforderlichen Mittel in den Stand zu setzen, während der Zeit vom 31. Oktober d. J. bis zum 15. August 1923 die weiteren zur Verorgung der Bevölkerung erforderlichen Mengen Brotgetreide im Ausland anzukaufen;
3. aus Mitteln des Reiches 20 Milliarden Mark zur Verfügung zu stellen zwecks Verbilligung des Brotes, das aus den nach Ziffer 1 und 2 durch das Reich erworbenen Getreidemengen hergestellt ist;
4. Einrichtungen zu treffen, um der Bevölkerung mit niedrigem und mittlerem Einkommen den Bezug des nach Ziffer 3 verbilligten Brotes zu ermöglichen;
5. Maßnahmen zur Verhinderung des spekulativen Handels mit Getreide inländischer Ernte zu treffen;
6. Maßnahmen zur Verhinderung der Verfüterung von Roggen und Weizen inländischer Ernte zu treffen, und zur Bereitstellung von Kraftfuttermitteln für diejenigen Landwirte, die bei Ablieferung ihres Brotgetreides Kraftfutter für ihren Viehstand benötigen;
7. die Ausfuhr von Getreide inländischer Ernte durch wirksame Maßnahmen zu verhindern.“

Abg. Hepp (D. V.) unterstützt die Ausführungen des Vordruckers und schließt sich dem Antrag und der Entscheidung an. Die ganze Frage müsse in erster Linie von wirtschaftlichen Gesichtspunkten beurteilt werden, die politische Ausnutzung müsse in der schwierigen Lage, in der wir uns befinden, ausbleiben. Die sozialdemokratische Drohung mit Reichstagsauflösung sei nur ein politischer Druck. Die neu vorgeschlagenen Maßnahmen sind nicht durchführbar, dadurch schädigen sie die Autorität des Staates und schaffen nichts als Erbitterung und Mißstimmung. Die Getreidemlage bedeutet eine ungerechte Sondersteuer für die Landwirtschaft.

Abg. Kappeler (Soz.) bemängelt die Möglichkeit der freiwilligen Ausbringung. Die Landwirtschaft müsse nochmals die Getreidemlage auf sich nehmen, und zwar statt 2 1/2 Millionen Tonne 4 1/2 Millionen.

Abg. Dr. Böhme (D. V.): Die demokratische Partei habe den ehrlichen Wunsch, zu einer Verständigung zu kommen. Die Getreidemlage sei ja nichts anderes als eine Sondersteuer, die nach demokratischer Auffassung auch auf den Wald ausgedehnt werden müsse.

Minister Fehr:

Freie Wirtschaft sei jetzt noch nicht möglich. Im Frühjahr 1921 hatte es den Anschein, als ob die Zwangswirtschaft für Getreide hätte beibehalten werden können. Heute liegen die Verhältnisse viel unheiliger. Der Hauptzweck sei die Sicherstellung der Broterzeugung. Die Einfuhr von Auslandsgetreide könne nur durch die Reichsgetreidekasse erfolgen. Das inländische Getreide müsse zum Teil verkauft werden, um das Auslandsgetreide zu verbilligen. Wohl haben die Führer der Landwirtschaft das Wort für rechtzeitige Lieferung gegeben, ob aber die Landwirte das Wort respektierten, sei nicht klar.

Was die kommende Entwicklung betrifft, so hänge es von den wirtschaftlichen Verhältnissen ab, ob die Getreidemlage bleibt und später einmal aufgehoben werden kann. Er mache keine Illusion, es hänge alles vom Stand des Dollars und der Weltwirtschaft ab. Er bitte die Landwirtschaft, eingebend zu sein, daß man später auch wieder die Verbraucher brauden könne, wenn wieder ein Schlag der Landwirtschaft nötig werde, die Brücke zwischen Erzeuger und Verbraucher sollte nicht abgebrochen werden. Eine Verabredung der Umlagemenge sei nicht diskutierbar.

Die Trauerfeier für Rathenau.

Berlin, 27. Juni. Die Auschwärtung des Reichstages hatte der Reichstagswart Redelob in Verbindung mit Generalintendanten des Stadttheaters Feher geleitet. Vor dem Saal hielten zwölf Legationssekretäre des auswärtigen Amtes die Ordnung aufrecht. Saal und Tribünen füllten sich mit den Mitgliedern der Parlamente, unter denen alle Parteien vertreten waren, und den Führern der Wissenschaft, der Kunst und des öffentlichen Lebens. Die Mitglieder der Reichsregierung, des Reichsrates und die Vertreter der Länder nahmen auf ihren gewohnten Ehrenplätzen. Das diplomatische Korps mit seinen Damen erschien vollständig in der Loge des Landtages. Um 12 Uhr wurde der Minister Dr. Rathenau vom Reichskanzler in die große Mittelloge geleitet. Es folgten die nächsten Verwandten. Die umstürzten Lampen des Saales flammten auf. Bald darauf betrat den Reichspräsident, der Reichstagspräsident und der Reichskanzler den Saal. Die Veranstaltung erhob sich von ihren Ehren und von dräuher drangen die Töne von Leichenbegängnis durch Corlican herein. Die Musik wurde von der Kapelle der Staatsoper ausgeführt. Dann betrat der Reichspräsident die Rednertribüne vor dem Saal und führte, nachdem er der Trauer der Nation Ausdruck gegeben und die hohen Charaktereigenschaften und Fähigkeiten des Ermordeten gerühmt hatte, a. an:

Geboren durch das Ansehen, das er als Führer deutscher Industrie nicht nur im deutschen Wirtschaftsleben, sondern in der ganzen Welt schon früher genoss, beruhend auf dem Glauben und der Macht seiner Persönlichkeit, galt sein Wort in der Welt und in den Kreisen, die sie zur Zeit beherrschten. Er war es in erster Linie, dem die Aufgabe gestellt werden konnte, unser Volk wieder einzurufen in eine voll-

stöße und wirtschaftliche Gestaltung der Welt einzufügen zur Befriedung der ganzen Welt. Die Augen seiner Worte gesehen haben ihn aus diesem Wege herausgeschleudert. Aber die verrückte Zeit traf nicht den Menschen Rathenau allein. Sie trifft Deutschland in seiner Gesamtheit. Sie ist ein Aufschlag auf die Nation, der sie einen der besten Patrioten, der schärfsten Köpfe und Vorkämpfer deutschen Aufstiegs raubte; sie ist ein Verbrechen an unserem arbeitssamen und bebenden und hoffenden Volke, das sie in Abwehr der Fremde auf neue in den zerschundenen Kampf der Lebenskämpfe hineingelegt hat. Der Reichspräsident schloß seine Rede mit den Worten: Mit heißen Dank und mit der Versicherung unerschütterlichen Gedenkens bringe ich dem toten Freund und Mitarbeiter den letzten Gruß des deutschen Volkes dar!

Unter den Klängen des Wagner'schen Siegfried Trauermarsches aus der Götterdämmerung schloß die Feier. Der Saal wurde sodann zum Leichenwagen hinausgetragen. Darauf zogen sich die Wagen nach Oberhohenzelle in Bewegung, wo die Beisetzung im Kreise der Angehörigen vor sich ging.

Dem Reichspräsidenten wurden beim Verlassen des Reichstages von vielen Tausenden begeisterte Ovationen dargebracht.

Berlin, 27. Juni. Der Reichskanzler Dr. Birtz fuhr gestern nachmittag zum Landhaus Dr. Rathenau und weilte dort eine halbe Stunde am Saule des Ermordeten, um von dem Freunde und Mitarbeiter den letzten Abschied zu nehmen.

Berlin, 27. Juni. Minister Rathenau's Mutter hat, wie die „Zeit“ berichtet, durch Vermittlung der Reichstagsabg. Frau Rhein dem Reichstag den dringenden Wunsch übermitteln, von einer Verbilligung des Deutmarks Kaiser Wilhelm bei der heutigen Trauerfeier abzusagen, da diese dadurch in die Arena des politischen Kampfes herabgezogen würde. Da daraufhin die Verbilligung des Deutmarks abgelehnt werden mußte, weigerten sich die Unabhängigen, ohne Trauerfeier zu gehen es unerschütten Deutmarks beizumessen. Um einen Ausweg zu finden, wurde die Trauerfeier in dem Sitzungssaal des Reichstages verlegt. Die Entsehung des Saalbildes in der Wandelhalle wurde zunächst verschoben. (S. auch Fol. Allert.)

Die bayrische Volkspartei gegen die Verordnung des Reichspräsidenten.

München, 27. Juni. Eine von der bayrischen Volkspartei gegen die Verordnung des Reichspräsidenten im Landtag eingebrachte Interpellation hat folgenden Wortlaut: „Die Reichsregierung hat die inhumanste und verdammenstwerteste Ermordung des Reichsministers Dr. Rathenau zum Anlaß genommen, um auf Grund des Artikels 48 der Verfassung des Deutschen Reiches eine Verordnung zum Schutze der Republik für das ganze Reichgebiet zu erlassen. Die Verordnung beruht auf der Befehl der einzelnen Länder aufs empfindlichste und greift in dieselben in noch härterem Maße ein als die Verordnung des Reichspräsidenten vom 23. August 1921. Solche Maßnahmen rufen sich aber. Welche Stellung nimmt die bayrische Regierung ein?“

Berlin, 27. Juni. Aufgrund der von Reichspräsidenten erlassenen Ausnahmebestimmungen wurde heute eine Kammer der „Deutschen Fäden“ wegen eines Artikels „Schwarz-Rot-Grün“, der die neue Reichsflagge verächtlich macht und eine Kammer des „Deutschen Volksblattes“ wegen eines anstreifenden Artikels über den Reichsminister Rathenau beschlagnahmt.

Genau, 27. Juni. Der Film „Friedrichs Her“, der gestern zum ersten Male hier vorgeführt werden sollte, ist verboten worden.

Berlin, 28. Juni. Der gestrige Tag ist im ganzen Deutschen Reich durchweg ruhig verlaufen. Nur in Darmstadt kam es zu größeren Demonstrationen mit nachfolgenden Ausschreitungen. So drang der Föbel gestern nachmittag in die Wohnung der völkerechtlichen Abg. Dingeldey und Dr. Hoff, zerbröckelte die Wohnungseinrichtungen und vergriff sich lässlich an den Geunannten. Abg. D. wurde so schwer verletzt, daß an seinem Aufkommen gezweifelt wird. Auch Dr. D. wurde schwer mißhandelt. Ferner richteten die Mordhelden Verwüstungen in den Redaktionen der Darmstädter rechtsstehenden Zeitungen an.

Frankfurt, 27. Juni. Die drei sozialistischen Parteien und die freien Gewerkschaftsverbände veranstalteten heute nachmittag am Anlaß der Ermordung Dr. Rathenau's eine große Demonstration auf dem Opernplatz, an der mehrere Tausend Personen teilnahmen. In langen Reihen waren die Arbeiter und Arbeiterinnen betamengeordnet. Zum Teil führten Gruppen rote Fahnen und Tafeln mit Inschriften „Hoch die Republik!“, „Nieder die Faschisten!“, „Wehe dem Mörder!“, es naht der Tag der Vergeltung“, „Erhängen oder Erschießen!“. Auf mehreren Tafeln waren auch Helfferich und Ludendorff am Galgen. Von verschiedenen Transportwagen aus sprachen Redner der sozialistischen Parteien zu der Menge. So führte einer u. a. aus: „Der Generalstreik soll zeigen, daß der Wille zur Tat besteht. Während die Sozialisten durch das Sozialistengesetz geteubelt worden sind, gab man in der Revolution auch den nationalen Elementen Freiheit. Arbeiten aber, die im Ruhrgebiet, in Mitteldeutschland und in Oberdeutschland die Republik verdrängen, wurden in die Maßstäbe gekleidet. Von den Mordern der Arbeiterführer und der Führer des republikanischen Bürgertums ist keiner verurteilt worden. Mit einem Hoch auf den internationalen Sozialismus wurde die Versammlung geschlossen. Dann marschieren die Teilnehmer in langen Zügen ab.“

Berlin, 27. Juni. Ueber den Ministermord wird in den Abendblättern mitgeteilt, daß in der Nacht noch mehrere Verhaftungen vorgenommen worden sind; u. a. wurde ein junger Mann in der Wohnung seiner Eltern im Osten Berlins verhaftet und nach dem Polizeipräsidium gebracht. Wie die andern, so befreitet auch er jede Beteiligung an dem Verbrechen. Sein Alibi und seine anderen Aussagen werden, wie auch in den librischen Zeilen noch nachzutragen.

Der in Hildesburg verhaftete Karl Tressen ist in Verlin noch nicht eingetroffen.

Samburg, 28. Juni. Gestern, Dienstag, wurde in Samburg-Bundeshof der in der Nordsee-Küste Rosa Karemberg oft genannte Leutnant Krull verhaftet, der des Mordes an Rathenau verdächtig ist.

Trauerkundgebung im Badischen Landtag für Minister Dr. Rathenau.

Karlsruhe, 27. Juni. Zu Beginn der Sitzung vor 1/2 Uhr eröffnend die Abgeordneten und die Tribünenbesucher von ihren Plätzen erhoben hatten, der Ermordung des deutschen Außenministers Dr. Rathenau. Der Präsident verurteilte in scharfen Worten Tat und Täter und rühmte die Eigenschaften des Ermordeten, dem das deutsche Vaterland zu danken habe. Aus der Badische Landtag fordere die Regierung auf, alle Mittel zu ergreifen, um der Verfassung und dem Gesetz Recht zu schaffen, um diesem bösen Geist, der eine solche Mordtat erzwinge, mit aller Schärfe entgegenzutreten.

Der demokratische Partei, der der Ermordete angehörte, und der Mutter Rathenaus sprechen wir unsere warme Teilnahme aus und wir geloben, uns hinter die Männer zu stellen, die trotz aller Anfeindungen unser Vaterland aus seiner schweren, bedrückten Lage herauszuführen bereit sind.

Durch Ihr Erheben von Ihren Plätzen haben Sie die Zustimmung zu meinen Ausführungen gegeben und Ihre Teilnahme zum Ausdruck gebracht. Ich stelle das fest und ich werde Ihre Teilnahme der Reichsregierung übermitteln.

Staatspräsident Dr. Hummel: Das badische Staatsministerium billigt ausdrücklich die Stellungnahme der Reichsregierung und ihre getroffenen Maßnahmen und wir sind fest entschlossen, mit der Reichsregierung das Notwendige zur Durchführung zu bringen. Das badische Staatsministerium erwartet von allen Organen der Verwaltung und von allen Beamten, daß sie die Staatsregierung in der Durchführung der notwendigen Maßnahmen unterstützen.

Mit dem erneuten Befehlens zur demokratischen Republik, das wir heute ablegen wollen, können wir dem Toten ein Denkmal errichten.

Die Prediger der nationalen Einheitsfront müssen jetzt einsehen, wo die wirklichen Feinde stehen. Werden sie die Lehre aus diesem Ereignis und der heutigen Stimmung, die uns befeuert, ziehen. Ich fürchte nicht alle werden es tun. Aber wir, die Vertreter des republikanischen Gedankens in Deutschland werden die Zeichen dieser Tage verstehen. Wir werden auch die Launen und Gleichgültigen aufrufen, damit sie sich an der Mitarbeit beteiligen. Denn auch sie müssen erkennen, daß Kultur und Wirtschaft nicht anders blühen können, als wenn sie auf dem Boden der demokratischen Gleichberechtigung. Wir werden mit aller Energie durchsetzen, daß in Zukunft dem Symbol der Republik die nötige Achtung entgegengebracht wird.

Das badische Staatsministerium ruft Sie, meine Damen und Herren, zur Mitarbeit auf. Wenn wir in dem Geiste, der uns bisher befeuert, weiter fahren, so werden wir am besten das Andenken des Toten ehren. Ich habe dem Reichspräsidenten und dem Reichstagspräsidenten das Beileid der badischen Regierung ausgedrückt und ich nehme an, daß Sie damit einverstanden sind.

Herrn Dr. Rothemann gute Geister auf seinem Wege in das Seelenreich begleiten.

In lautloser Ergriffenheit hatte das Haus die Ausführungen des Landtagspräsidenten, wie diejenigen, des Staatspräsidenten, angehört.

Auf Vorschlag des Präsidenten Wittenmann vertagte sich nach dieser Trauerkundgebung das Haus auf nachmittags 5 Uhr.

„Trauerkundgebung“ in Karlsruhe.

Karlsruhe, 27. Juni. Heute nachmittags zogen einige Annehmungen von Personen durch die Straßen der Stadt, vor allem durch die Kaiserstraße, und forderten von den Pflanzensetzern die Entfernung der Postleierentwürfe. So dem Verlangen nicht sofort nachgegeben wurde, wurden die Postleierentwürfe, d. h. die betr. Bannern gewaltig entfernt. Auf dem Marktplatz fand nachmittags eine große Protestkundgebung gegen die Ermordung Dr. Rathenaus statt. Sämtliche Geschäfte und Betriebe hatten geschlossen. Die Straßenbahnen verkehrten nicht. Ein großer Aufmarsch bildete sich im Aufmarsch an die Umwälze vor dem Parteibüro der Deutschnationalen Volkspartei in der Waldstraße. Nachdem die große Spiegelschleife zertrümmert war, bestand sich in wenigen Augenblicken der ganze Inhalt des Büro an Wäbeln, Schreibmaschinen, Akten und Zeitungen auf der Straße. Vor den Augen des Publikums wurde dann das ganze Mobiliar vollständig demoliert.

Schwere Eisenbahnkatastrophe in Berlin.

Berlin, 27. Juni. Ein furchtbares Unglück ereignete sich heute nachmittags in der zweiten Stunde auf der Ver-

liner Ringbahn in der Nähe des Bahnhofs Schönhauser Allee. Infolge der Arbeitsruhe der Angestellten, Arbeiter und Verkehrsbeamten der Straßenbahn, Hoch- und Untergrundbahn war der Ansturm auf die Stadtbahn so stark, daß die Fahrgäste die Trittbretter zum Willkommen benutzten. Zwischen dem Ringbahnhofs Schönhauser Allee und Gesundbrunnen wurden von zwei einander begegnenden Zügen die auf den Trittbrettern befindlichen Fahrgäste durch ein offenes stehendes Abteil erfasst und auf die Geleise heruntergerissen. Die sofort herbeigerufene Feuerwehr konnte 15 Tote und etwa 60 Verletzte bergen.

Ferner wird uns noch gemeldet: Zwischen den Bahnstationen Schönhauser Allee und Gesundbrunnen ereignete sich bei dem Begegnen zweier Ringzüge ein schwerer Eisenbahnunfall. Die Fahrgäste standen infolge der Vertriebsstellung der Straßen- und Hochbahnen dichtgedrängt auf den Trittbrettern. Einer der auf dem Trittbrett stehenden Männer stürzte zusammengebundene Holzklappe bei sich, die weit über das Trittbrett hinausreichte und beim Vorbeifahren des Gegenzuges eine ganze Anzahl von Personen von den Trittbrettern der anderen Wagen herunterriß. Es gab 26 Tote, 30 Schwerverletzte und eine Anzahl Leichtverletzte.

Die Hauptversammlung des Verbandes deutscher Gewerbevereine u. Handwerkervereinigungen

wurde wie unser Sonderberichterstatter meldet, am Samstag den 24. Juni im Gadereller in München durch den Verbandsvorsitzenden Herrn Riederbühl-Raschit eröffnet. Er begrüßte die Gäste, insbesondere die Herren Dr. Hittenheim vom Reichswirtschaftsministerium Berlin, Handelsminister Damm, Ministerialrat Dr. Schmidt und Reichsrat Dr. Conrad-München, Regierungsrat Steibner-Karlsruhe, Staatsrat Dr. Wagner-Darmstadt, sowie die Vertreter verschiedener Handwerkskammern und Gewerbeverbände und besonders die österreichischen Kollegen aus Wien.

Herr Handelsminister Damm-München überbrachte die Grüße Bayerns, in deren Hauptstadt die Gewerbechau gerade dem Handwerk neue Anregung geben soll. Gerade das Handwerk sei kernhaft und auch am ehesten bereit für Wiederaufbau und geordnete Verhältnisse zu sorgen. — Dr. Hittenheim überbrachte die Grüße des Reichswirtschaftsministeriums und betonte, daß auch er der Überzeugung sei, daß ohne den Geist der im deutschen Handwerk herrschenden, Deutschlands Wiederaufbau sicher zu stellen, unmöglich sei. — Ferner brachte Ministerialrat Jung aus Wien, der erklärte, daß nichts die Einigkeit der deutschen Brüder zu trennen vermöge. Wenn sich auch der deutsche Michel an der Spree und an der Donau durch die Lüge vom Selbstbestimmungsrecht der Völker habe täuschen lassen, so halte man doch an der Treue fest und wollen die Deutscher gerade an der Organisationsfähigkeit des Deutschen lernen, denn gerade jetzt sei es immer mehr, daß der Einzelne nichts vermag. — Noch einige weiteren Begrüßungssprachen wurden gehalten, worauf nach dem üblichen Dankeswort Herr Riederbühl über die derzeitigen wirtschaftspolitischen Verhältnisse des Handwerks längere Ausführungen machte. Nach 3 1/2 Jahren sind die Tage noch so mit Not und Elend angefüllt, daß wir noch schlimmer als während der Kriegsjahre daran sind. Im Wirtschaftsleben herrscht der Glaube an Besserung ebensowenig aus, wie der Fleiß. Ein wahres Ängste man haben, um die Schäden, die man uns zuzufügt, abzuwehren. Arbeit allein könne uns aber ebensowenig retten wie der Abschlusstag oder die Sozialisierungspläne und Kommunalisierungsbestrebungen. Das Hauptziel bleibe der Vertrag von Versailles, dessen Verzicht den Wirtschaftsverhältnissen anzupassen, von Frankreich hintertrieben wird. Immer wieder muß auf die Revision gedrängt werden. Deutschland hat auch früher schon schwere Zeiten überdauert und so hoffe er auf ein Wiederaufblühen auf dem Boden des Rechtes und der Arbeit. Wenn außerdem dem Handwerkerstand nicht durch Maßnahmen der Regierung der Wind aus den Segeln genommen wird, so dürfte doch der Hoffnung auf Gesundung des Handwerksstandes und somit des ganzen Vaterlandes an dieser Stelle Ausdruck gegeben werden können. — Auch der Tätigkeitsbericht wurde von Herrn Riederbühl erstattet. Der Verband weist 220 000 Mitglieder auf und hat im letzten Geschäftsjahr eine Reihe Sitzungen abgehalten z. T. mit dem Reichsverband. — Der von Generalsekretär Martin erstattete Rechenschaftsbericht ergab rund 38 000 Mark in Einnahmen und Ausgaben und nur ein kleiner Zuwachs gegen das Vorjahr hat das rund 24 000 Mark betragende Vermögen aufzuweisen. Nach der Entlastung des Rechners erhielt Herr Dr. G. E. h. d. i. d. Vorsitzender des Verbandes schriftliche Gewerbe- und Handwerkervereine in Jütland das Wort. In laudaren Ausführungen erläuterte der Redner

„die Bedeutung und Normendatent der Gewerbe- u. Handwerkervereine in der Gesamtorganisation des deutschen Handwerks und Gewerbe“. Mehr wie je sei planmäßiges Arbeiten notwendig und eine gute Organisation bilde mit den Innungen eine erfolgversprechende Grundlage. Allgemeine Organisation, die auch zahlenmäßig die Stärke und die wirtschaftliche Bedeutung des Handwerks zum Ausdruck bringe, schaffe neben den übrigen wirtschaftspolitischen Verbänden, Großindustrie einerseits u. Arbeiterorganisationen andererseits, die Möglichkeit regierungsseitiger Berücksichtigung. Jüngere Verbindung müsse zwischen den Handwerkskammern mit den Innungen und selbstredend allen übrigen Wirtschaftsverbänden bestehen. Nebenher stelle eine Reihe von Richtlinien auf, die für das Organisationswesen in Betracht kommen und sich mit den gemeinsamen Einkaufs- und Absatz-Maßnahmen befassen und auch eine Einigung in Bezug auf Einnahme, Preisfestlegung und dergleichen mehr bezwecken. Daneben müsse auch auf politische Einwirkung des Handwerks in den Parlamenten geachtet werden, der sich bisher auf die einzelnen Parteien verlassen habe. Handwerk und Gewerbe muß in enger Fühlung bleiben und auch jetzt, das neben freien Ausbildungsbestrebungen ein gewisser Schutz des Unternehmers und Käufers in Not geratener Handwerker in Krankheits- oder in Altersfällen gesichert wird. Hat der gewerbliche Mittelstand selbst die Notwendigkeit des Zusammenhanges erkannt, so werden sich auch weitere maßgebende Kreise bemühen werden, welche ideelle, kulturelle und wirtschaftliche Bedeutung dieser Stand hat. — Nach den Ausführungen des Redners betonte Herr Riederbühl, daß eine gemeinsame Arbeit zwischen Nord- und Süddeutschen Verbänden möglich sei. Der Hauptpunkt müsse aber auf wirtschaftspolitischen Boden zu liegen sein. Mit Verfall wurden die Ausführungen eines weiteren Redners aufgenommen, der ebenfalls die Parteipolitik ausgeschlossen wissen wollte, da an der Parteipolitik das Vaterland zu Grunde gegangen sei und das Handwerk das gleiche Schicksal erwarten könne, wenn es sich daran einlasse. Die Parteipolitik in der Gemeinde gehöre in erster Linie ausgemerzt. Mit den in diesem Sinne gesäuerten Ansichten des Vorstandes war die Versammlung einverstanden. — Herr Generalsekretär Martin erstattete den Haushaltsplan für 1922/23, der 79 000 Mark an Einnahmen und 90 000 Mark an Ausgaben vorweist, so daß unbedingt eine Erhöhung der Jahresbeiträge, die ja in keinem Verhältnis zum heutigen Geldwert stehen, zu bedenken sein werden. Gemäß dem Vorstandsvorschlag werden für 1922 an Verbandsbeiträgen 20 Pfg., bei über 10 000 nur 10 Pfg. und für 1923 40 bzw. 20 Pfg. erhoben. Einverstanden war die Tagung auch mit der Wahl von Raschit als Vorort und mit einigen zeitgemäßen Satzungsänderungen. Die Wahl des Dries der 21. Hauptversammlung wurde dem Verband überlassen. Nach Aufnahme von Verbänden und Vereinen, die anlässlich der Abschlusstagung von Vereinen sowie an verdienten Mitglieder des Vorstandes nach 15jähriger langjähriger Tätigkeit ausgedankt werden sollen, für würdigen. Nach Einigungnahme von Wünschen und Anträgen, die sich mit Verabreichung der Kohlen- und anderer Preisläufe und Schaffung einer Personalsache, teilte durch Unterstützung des Reiches und durch Selbsthilfe befehlen, wurden noch verschiedene Handwerkerangelegenheiten besprochen. Herr Riederbühl schloß sonach, als die weiter vorliegenden Verhandlungen beendigt worden waren, die Tagung mit Dank an den bayerischen Gewerbeverband und in der Hoffnung auf ein gesundes Zusammenreffen in zwei Jahren. W. v. Müller.

Baden und Nachbarstaaten.

Karlsruhe, 26. Juni. Der Landesverband badischer Maler- und Tischlermeister hielt gestern gestern hier eine durch den Streik im badischen Maler- und Tischlerhandwerk veranlaßte Landesausschulung ab, die einstimmig folgende Entschließung annahm: „Die aus ganz Baden außerordentlich auf beachtete Landesausschulung verurteilt auf das schärfste den Tarifstreik der Gehilfenämter, durch den diese, unter Ausnutzung des Haupttariffstreiks, höhere Löhne als dieses festgelegt hat, zu erlangen sucht. Der Ansicht ist der einmütigen Auffassung, daß kein Mitglied die Entschließen des Haupttariffstreiks ablehnen darf, daß kein Mitglied also einen höheren Lohn, als den vom Haupttariff festgelegten bezahlt, und daß keine Ortsgruppe des Verbandes sich an Verhandlungen mit dem Zweck einer Lohnherabsetzung einlasse.“

Karlsruhe, 26. Juni. Ein letztes Jubiläum konnte gestern das langjährige Mitglied des Badischen Landes-Theaters, Kammerling Herr Max Buttner feiern, nämlich seine 40jährige Zugehörigkeit zur Bühne. Kammerling Buttner, der von diesen 40 Jahren sehr erfolgreichen künstlerischen Wirkens über 20 Jahre dem Badischen Landestheater angehört, ist ein ausgezeichneter Künstler der in das Fach des Soubretteausfühlers gefallt. Besonders hervorragend ist seine Körperkultur, die ihm das Spiel in den „Meisterliedern von Bairner“, mit dem er gestern

Auf Hesselvörde.

Roman von Fritz Gatzert.

10] (Nachdruck verboten.) „Mein Gut ist waldrich,“ betonte Joachim. Er hatte die Empfindung, daß er alles versuchen müsse, um der schönen Tochter seines Gegenüber zur Befriedigung ihrer „Marotte“ durch den Verkauf seines Gutes zu verhelfen. „Hm!“ Der Kommerzienrat sah überlegend auf seine aneinandergelagerten Fingerringe und polierte den einen von ihnen mit Haut. „Eine Frage: Aus welchem Grunde wollen Sie verkaufen?“ Joachim erhob sich in offenkundiger Verlegenheit. Eine Blutwelle schloß ihm in die Stirn. Er lehnte sich gegen den Schreibtisch. Dann riß er sich zurecht. Mit kühler Ruhe sagte er: „Weil ich muß, Herr Kommerzienrat. Ich bin verschuldet.“ Die grauen Augen Burmanns musterten das Gesicht seines Besuchers. Die Offenheit imponierte ihm. „So“, sagte er nur ganz gelassen. Und dann nach einem langen Schweigen: „Es ist Ihnen nicht mehr möglich, sich zu rangieren?“ „Nein.“ Scharf und hart. Wie im Zorn. Danach nahm er wieder Platz, beugte sich vor und sagte: „Erlauben Sie mir eine offene Schilderung meiner Lage. Ich liebe es nicht, zu bemänteln, sondern nenne die Dinge am liebsten beim richtigen Namen. Sie gestatten mir die Darlegung meiner Verhältnisse, Herr Kommerzienrat?“ „Ich bitte darum, verehrter Herr von Brandt!“ Mit kurzen Worten gab Joachim ein karlegendes Bild, und Burmann wußte danach: Es gehört ihm keine Ackerkrume mehr von Hesselvörde. „Sie wollen also verkaufen, um die Substantiation zu vermeiden?“ fragte er, als Joachim schwieg. „Gewiß!“ „Und für Sie bliebe, soweit ich Ihre ziffermäßigen Angaben im Augenblick übersehen kann, nicht viel übrig?“ „Eine geringe Summe, allerdings. Im besten Falle zehntausend Mark. Hoffentlich wenigstens so viel, daß ich

instande bin, mir damit irgend eine bescheidene neue Existenz zu gründen. Ich denke daran aber erst in zweiter Linie. Vor allem kommt es mir darauf an, den Stammsitz meiner Familie auf möglichst anständige Weise verlassen zu können. Durch ein Zwangsverfahren möchte ich mich nicht vor die Tür setzen lassen.“ Burmann war aufgestanden und neben seinem Schreibtisch einige Male hin- und hergegangen. Joachim beobachtete ihn mit gespannter Aufmerksamkeit. Er wußte nicht, wie er den Gesichtsausdruck des Kommerzienrats deuten sollte. Soudel er zu sehen glaubte, standen die Aussichten für ihn nicht besonders günstig. Endlich sprach er: „Ich will Ihrer Offenheit dieselbe Aufrichtigkeit entgegensetzen, Herr von Brandt. Also: sonderlich sympathisch ist mir das von Ihnen angetragene Geschäft nicht. Denn einmal, nehmen Sie es mir nicht übel, haßtet der Sache etwas Romanhaftes an. Daß Sie da während einer Eisenbahnfahrt eine Ihnen sonst nicht in die Hände kommende Zeitung lesen und auf meine Annonce stoßen, ist ein merkwürdiger Zufall, der nach Erfindung eines Unterhaltungsschwadroniers, ich meine Romanschreibers, schmeckt. Außerdem sehe ich hypothekellenbelasteten Objekten immer skeptisch gegenüber. Jedem anderen würde ich wahrlich nicht eine direkt abweisende Antwort geben. Ihnen will ich den Stuhl nicht vor die Tür setzen. Ich kann es nicht. Ein gewisses Etwas, das ich Ihnen geben vermag, hindert mich daran... Ich will Ihnen etwas sagen: Lassen Sie mir ein paar Tage Zeit. Wenn ich kein Angebot erhalte, das mir in jeder Weise zusagt, so glaube ich Ihnen wenigstens versprechen zu können, daß ich mir Hesselvörde ansehen werde. Mehr kann ich Ihnen heute nicht in Aussicht stellen.“ Joachim war enttäuscht. Er glaubte nicht, daß er noch Hoffnung haben dürfe. Denn sicherlich erhielt Burmann nicht nur eine ihm konvenierende Offerte, sondern ein Duzend von der Art wenigstens. „Mit einem gequälten Gesicht erhob er sich. „Ich danke Ihnen, Herr Kommerzienrat“, sagte er, um der Form Genüge zu tun, „und sehe Ihren Nachrichten gern entgegen.“

Als er gegangen war, begann Burmann sofort mit der Durchsicht der heute morgen eingegangenen Offerten... Nun ja, er hätte dem in Verlegenheit befindlichen Herrn von Brandt gern geholfen. Er tat ihm leid. Aber schließlich, was hatte er davon, wenn er das Gut kaufte? Seinen Anforderungen genügte es nicht. Sollte er, einem ihm völlig fremden Menschen zu Gefallen, etwas tun, was ihm schließlich nur Nachteile eintrug? Da war dieses und jenes Angebot bei weitem eher annehmbar und entsprach seinen Wünschen in fast vollendeter Weise. Schon hatte er drei Offerten besonders gelegt, um später in Ruhe eine vorläufige endgültige Wahl zu treffen. Einen Augenblick zauderte er noch. Dann griff er kurz entschlossen nach einem Briefbogen und schrieb Joachim von Brandt in höflich-kühler, geschäftsmäßiger Form, daß er Hesselvörde nicht kaufen könne. Dann fuhr er zur Börse; später begab er sich ins Geschäft. Und als er gegen drei Uhr zu Tisch wiederkam, hatte er als geschäftstüchtiger Mann den Besuch Joachim von Brandts fast vergessen. Gänzlich unerwartet wurde er wieder an ihn erinnert. In guter Laune gab er während des Essens gerade einen am Vormittag gehörten Briefbogen zum besten, den seine Hausdame, Frau Melanie Wessel geborene von Stranz, eine verwitwete Bermannter seiner früh verstorbenen Frau, mit der ihr eigenen distinktierten Art und Weise, zu lesen, begutachtete. Auch Fräulein Renate von Groening, die Gesellschaftlerin seiner einzigen Tochter Edith, hatte ein lautes Räuseln. Edith selbst gab kein Zeichen des Besalls. Sie starrte mit einem tieferen, fast finsternen Gesicht auf ihren Teller und räumte nervös an dem Besten herum. Der starre Ausdruck verlieh ihren Zügen etwas Altes, Krankhaftes und berührte wie etwas zu ihrer sonst vortheilhaftesten Erscheinung nicht Gehörendes. Zwar war ihr Renate an Schönheit bei weitem überlegen, aber sie erweckte im ganzen keinen ungunstigen Eindruck. Er war noch bei weitem mehr zur Geltung gekommen, wenn ein heller, freundlicher Schimmer ihr Gesicht verklärte hätte. (Fortsetzung folgt.)

Bekanntmachung.

Schweizerische Goldhypotheken betr.
Die zahlreichen und in letzter Zeit sich häufenden Klagen aus den Kreisen derjenigen deutschen Grundbesitzer, deren Grundstücke mit Goldhypotheken belastet sind, die unter das Deutsch-Schweizerische Abkommen vom 6. Dezember 1920 fallen, haben die Reichsregierung veranlaßt, Erwägungen anzustellen, ob nicht diesen Schuldnern in besonders ungünstig gelagerten Fällen eine Unterstützung irgend welcher Art gewährt werden müsse. Bevor jedoch in dieser Beziehung verbindliche Entschlüsse gefaßt werden, ist es erforderlich, einen Überblick darüber zu gewinnen, welchen Umfang diese Verpflichtungen haben, und welche Kreise davon betroffen werden. Es ist daher notwendig, daß die betreffenden Goldhypothekenschuldner nähere Angaben über ihre Grundstücke, deren Belastung und über ihre finanzielle Lage machen. Diese Angaben sind durch Ausfüllen eines Fragebogens zu machen, der einseitlich für alle Beteiligten angefertigt worden ist.

Ich fordere die in meinem Dienstbezirk wohnhaften Schweizer-Goldhypothekenschuldner hiermit auf, mir bis zum 1. Woche ihren Namen und Adresse anzugeben, damit ich ihnen den Fragebogen zuwenden kann.

Karlsruhe, den 16. Juni 1922.
Der Landeskommissar.

Kleinrentnerfürsorge.

Die von der Stadt unter Inauguration der Reichsminister des Badischen Arbeitsministeriums eingerichtete Kleinrentnerfürsorge hat bisher leider den gewünschten Erfolg, zur Behebung oder Linderung der Notlage der Kleinrentner beizutragen, nicht gehabt, da die Kleinrentner von dieser Fürsorgeeinrichtung bis jetzt nur in sehr geringem Maße Gebrauch gemacht haben. Zwischen hat das Reich zur Durchführung der Kleinrentnerfürsorge auf breiterer Grundlage 500 Millionen Mark (gegen 100 Millionen Mark im Vorjahr) bereitgestellt unter der Voraussetzung, daß die Länder und Gemeinden zusammen nochmals den doppelten Betrag aufbringen, so daß also im Ganzen 1,5 Milliarden für den angegebenen Zweck zur Verfügung stehen. Hierin fallen auf Baden rund 17,5 Millionen. Unter Inauguration des vom Staat und den Gemeinden auszubringenden doppelten Betrags von 35 Millionen Mark ergab sich für Baden eine Gesamtsumme von 22,5 Millionen Mark. Mit diesen Mitteln wird es immerhin möglich sein, die wirtschaftliche Notlage der Kleinrentner wenigstens in einem gewissen Maße zu beheben, so doch in erheblichem Maße, da die Kleinrentner ihre Anträge auf Gewährung einer Unterstützung aus Mitteln der Kleinrentnerfürsorge möglichst bald bei den städtischen Fürsorgeämtern einreichen. Gegenüber etwaigen Bedenken aus Kreisen der Kleinrentner muß ausdrücklich hervorgehoben werden, daß es sich bei der Durchführung der Kleinrentnerfürsorge keineswegs um eine Armenunterstützung handelt, da es sich vielmehr eine soziale Verpflichtung des Reichs, der Länder sowie der Gemeinden ist, den Kleinrentnern, die durch die Veränderung der wirtschaftlichen Verhältnisse ohne ihr Verschulden in eine Notlage geraten sind, Hilfe zu bringen. Es hat daher jeder Kleinrentner, der sich in einer solchen Notlage befindet, einen moralischen Anspruch auf Unterstützung.

Nachstehend geht es nochmals die vom Arbeitsministerium angefertigten Grundzüge für die den Kleinrentnern zu gewährenden Unterstützungen bekannt:

Bei der Bearbeitung jedes Antrages ist zu prüfen, ob die wirtschaftliche Gesamtlage des Antragstellers eine laufende Unterstützung erforderlich macht oder ob die bestehende Notlage durch einmalige Beihilfen behoben werden kann.

Die Gewährung laufender Unterstützung setzt voraus, daß der Rentner in bindender Weise über die Veranlassung seines Kapitals zur Befreiung seines Lebensunterhalts verfügt hat. Die Voraussetzung ist als erfüllt zu betrachten, wenn der Rentner sein Kapital zu mindestens 1/5 des Betrages bei einer Alters- oder Rentenversicherung einbezahlt hat. Die bezogene Rente wird in das Jahreseinkommen eingerechnet. Zu diesem Jahreseinkommen können im Bedarfsfall laufende Zuschüsse gewährt werden.

Hat der Rentner eine Altersversicherung nicht, oder nur mit einem geringeren Teil als 1/5 seines Vermögens eingezahlt, und stellt er den Antrag auf laufende Unterstützung, so übernimmt die Gemeinde die Verwaltung des Vermögens und gewährt Darlehen gegen Verpfändung der verwalteten Wertpapiere. Für diese Vereinbarung gilt folgendes:

- der Rentner kann auf Wunsch 1/10 des vorhandenen Vermögens, mindestens aber 1500 Mark zu eigener freier Verfügung zurück behalten,
 - er bleibt im Genuß der Zinsen des Gesamtkapitals,
 - er stellt gemeinsam mit dem Vertreter des Fürsorgeamtes jährlich einen Haushaltsplan auf, aus dem hervorgeht, bis zu welcher Höhe die für den Lebensunterhalt nicht ausreichenden Einkünfte im Laufe des Jahres auszufüllen werden sollen.
- Die Auffüllung erfolgt durch zinsfreie Darlehen, laufende Zuschüsse, wobei die laufenden Zuschüsse in der Regel die Hälfte des gewährten Darlehens nicht übersteigen dürfen.
- Am Schluß des Jahres werden die Darlehen am veränderten Vermögen abgeschrieben und dem Befragten Rechnung abgelegt. Kursgewinn und Verlust trägt der Rentner. Bei der ewigwährenden Abrechnung wird das Vermögen nach dem Marktwert des Tages in Rechnung gesetzt.
 - Bei dem Tode des Rentners nach Vermögen vorhanden, so wird dieses nach erfolgter Abrechnung seinen Erben in voller Höhe ausbezahlt.
 - Ist das verpfändete Vermögen vor dem Tode des Rentners angegriffen, so tritt für den weiteren Unterhalt die allgemeine Fürsorge ein. Sie soll dem Rentner ein angemessenes Existenzminimum sichern, das

nach billigem Ermessen des Gemeindefürsorgeamtes unter Berücksichtigung des anderen Vollstreckens zugewiesenen Existenzminimums, sowie des bisherigen durchschnittlichen Jahresverbrauchs des unterhaltenden Rentners anzusetzen ist.

Zu Lasten der Kleinrentnerfürsorge laufen die Zinsen der zinsfrei gewährten Darlehen, sowie die neben den Darlehen oder der Altersrente gewährten laufenden Zuschüsse.

Außerdem sind einmalige Beihilfen in besonderen Notfällen — Krankheit, Todesfälle Angehöriger oder dergleichen — bis zur Höhe von 1000 Mk. im Einzelfalle zulässig.

Die der Vermögensverwaltung seitens der Kleinrentner entgegengebrachte Abrechnung, die hier und da mit dem Hinweis darauf begründet wird, daß der Kleinrentner sich auf diesem Wege auch außerhalb der Kleinrentnerfürsorge laufende Mittel etwa durch Inanspruchnahme von Banken oder sonstigen Kreditanstalten für seinen Lebensunterhalt verschaffen könne, dürfte nicht berechtigt sein, da erstens die Darlehen gegen Verpfändung des Vermögens zinsfrei gegeben werden, zweitens die Rückzahlungspflichtigkeit erst für die Erben eintritt und drittens der Darlehensnehmer berechnungsmäßig 1/5 des Vermögens, mindestens aber 1500 Mk. zur freien Verfügung zu behalten. Vor allem aber muß berücksichtigt werden, daß die Kleinrentnerfürsorge zu diesen zinsfreien Darlehen einen Zuschuß aus Reichs-, Staats- und Gemeindefonds in Höhe des halben Betrags des auskommenden Darlehens ohne Rückzahlungspflichtigkeit gewährt. Das läßt sich fürsorgeamt wird im Besonderen mit dem Kleinrentner, der die Unterstützung aus der Kleinrentnerfürsorge in Anspruch nimmt, einen Haushaltsplan aufstellen, aus dem hervorgeht, bis zu welcher Höhe die für den Lebensunterhalt nicht ausreichenden Einkünfte im Laufe des Jahres aus Mitteln der Kleinrentnerfürsorge ausgefüllt werden sollen, wobei zu beachten ist, daß nach den derzeitigen Richtlinien des Arbeitsministeriums das Gesamteinkommen des Kleinrentners einschließlich des Darlehens und Zuschusses aus der Kleinrentnerfürsorge, deren Erhöhung abzuweichen bevorzugen, nicht übersteigen darf. Nähere Auskunft hierüber erteilt das städt. Fürsorgeamt.

Die Kleinrentnerfürsorge ist weiterhin in der Lage, gegebenenfalls Unterstützung durch freie ärztliche Behandlung und Arzneimitter, sowie durch notwendige Aufnahmen in das städt. Krankenhaus zu gewähren. Auch kann das Fürsorgeamt um Bewilligung von Brennmaterial anfragen werden.

Die Stadtwirtschaft, die sich der wirtschaftlichen Notlage der Kleinrentner voll und ganz bewußt ist und es andererseits als eine wichtige soziale Aufgabe betrachtet, den Kleinrentnern nach Möglichkeit zu helfen, richtet wiederholt an die in Betracht kommende Personen die dringende Aufforderung, sich unverzüglich mit dem Fürsorgeamt zu verbinden, um in welchem Umfang und in welcher Art eine Unterstützung gewährt werden kann.

Durlach, den 20. Juni 1922.
Der Bürgermeister.

Landwirtschaftl. Bezirksverein Durlach. Bekanntmachung.

Die auf Sonntag, den 11. Juni ds. Js. festgesetzte Versammlung des Vereins und Lehrreiches der Bad. Landwirtschaftskammer in Forchheim, welche wegen unglücklicher Witterung unterbleiben mußte, findet bei glücklicher Witterung am Sonntag, den 2. Juli, nachmittags, statt. Treffpunkt nachmittags 3 Uhr 40 Min. Bahnhof Forchheim.

Zu dieser Veranstaltung sind unsere Vereinsmitglieder sowie deren Angehörige freundlichst eingeladen.

Die Herren Bürgermeister der Landgemeinden richten wir das freundlichste Ersuchen, unsere Veranstaltung in ordentlicher Weise bekannt geben zu wollen.

Durlach, den 27. Juni 1922.
Die Direktion:
Eduard Mertox.

Gummi-Unterlagen
Artikel zur Kinder- und Krankenpflege
empfiehlt bei sachgemäßer Bedienung
Adler-Drogerie

Hafer, Weizenmehl, Weizenkleie
empfiehlt in prima Qualitäten
Andreas Selter, Aue Tel. 203.

Mechaniker
versetzt in allen vorkommenden Reparaturarbeiten (Mäh- und Stoppmaschinen) für Dauerstellung gesucht. Beste Empfehlung ist Bedingung.
Schäfer, Hans Dieffenbacher, Karlsruhe-Rheinpfalz.

Kath. Frauenbund Zweigverein Durlach
Peter und Paul, Donnerstag, 29. Juni, abends 8 Uhr, im Saale zur „Blume“

Sternabend.
Vortrag von Frau Clara Siebert: „Die kirchliche Familie in den Stürmungen der heutigen Zeit“
daran anschließend: Musik, Gedicht und Gesangsbeiträge
Die Mitglieder nebst Angehörigen, sowie alle Katholiken sind herzlich eingeladen.
Der Vorstand

Friseur-Jungung Durlach.
Infolge fortwährender Steigerung sämtlicher Lebens- und Bedarfsartikel sowie Löhne sind wir gezwungen unsere Bedienungsbreite mit sofortiger Wirkung wie folgt zu erhöhen:
Herren-Bedienung:
Rasierern 6—
Haarschneidern, kurz 20—
„ „ „ halblang 25—
Kinderhaarschneidern, kurz 8—
„ „ „ halblang 12—15—
Damen-Bedienung:
Friseurern 20—
Kopfwäsche 30—
Der Vorstand

Bräuttschleier
Bräuttkränze
Müllers-Schleier
Atelier für mod. Damenp.,
Durlach, Herrstraße 8.

Chaiselongues 1250 Mk.
Eyrungsederbetten eigener Konstruktion.
Reparieren und Umarbeiten von:
- Patentbetten aller Art.
Matragengeschäft G. Hartkorn
Karlsruhe, Gottesackerstraße 30.

Nr. 422
an das Telephonnetz angeschlossen.
Georg Kraus
Mechaniker, Amalienstr. 15

Zu kaufen gesucht
sämtliche Papiere und Papierwaren, Schreibwaren, Papier- u. Sanftstoffe.
Vermehrte Offerte an
Postfach 90, Karlsruhe.

Garbenbänder,
gefärbte, prima Qualität, mit rundem Holzversatz, 160 lang, pro Duzent 120 Mk.
Bestellungen sofort erbeten, ab 10. Juli Preis unverändert.
Adolf Walther, Grözingen
Waldstraße 2

Feuerwerkskörper
Lampions, Vereinalose
empfiehlt für alle Gelegenheiten
Pakuv G. m. b. H.,
Karlsruhe, Kaiserstr. 14 a.
- Telefon 5755. -

Wallapurin
entfernt schnell Milcheiser, Sommerprossen, Pickeln, gibt dem Antlitz Jugendfrische u. schützt vor frühzeitigem Altern.
Läden-Apotheken Durlach
VIEHWOHL!
bestes Vieh-Streupulver gegen Ungewitter bei Tieren. Zu haben bei: E. Bauer, Adler-Drog.

Statt Karier.
Danksagung.
Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme an dem schweren Verluste unseres lieben Vaters, Schwiegervaters und Großvaters
Alfred Rothmund
sprechen wir hiermit unsern tiefgefühltesten Dank aus.
Durlach, den 28. Juni 1922.
Die trauernden Hinterbliebenen.

Verloren auf der Ritterstraße bis zum Neßbaum brauner Kinderstuhl, Marken. Hauptstr. 70 M.

Einfamilienhaus,
3-4 Zimmer, bis 1. August bezugsbar, zu kaufen gesucht. Angebote mit Preisangabe unter Nr. 322 an den Verlag

Haus
mit sofort bezugsbarer Wirtschaft mit Inventar in Karlsruhe zu verkaufen. Angebote unter Nr. 327 an den Verlag

Möbliert. einfaßes Zimmer
auf 1 Juli zu mieten gesucht. Offerten unter Nr. 323 an den Verlag

Gebildet. jung. Mann
sucht möbliertes Zimmer wenn möglich mit Zentralheizung und Bad. Angebote unter Nr. 325 an den Verlag

Solcher Arbeiter
sucht ein möbliertes Zimmer mit Koch- u. Liekchen bei einer Krügerwitwe. Angebote unter Nr. 326 an den Verlag

Junger Mädchen
zur Hilfe für Hausarbeit sofort gesucht.
Herrnstraße 25

Schulklasse
Mädchen
für leichte Hausarbeiten sucht
Landwirtschaftsschule Angenbergl.

Unterhaltene
Winkelkommode
zu kaufen gesucht. Angebote unter Nr. 324 an den Verlag

Bei Wundsein
jeder Art bringt
Adler-Balsam
am schnellsten Linderung.
Nur echt in der
Adler-Drogerie
E. Bauer.

Wäsche-Ausstattung
einzel. Leib- u. Hauswäsche, Berufs- u. Arbeiterkleidung, auch gegen bequeme Wäsche.
Reichhalt. Preisliste gratis geg. 2 Mk. Rückporto.
F. Didehus
Reinwäcker i. Döhl
Schlenkerberg 58.

Schwache Augen!
schmerzende Augen! werden wunderbar gestärkt u. erfrischt mit Dr. Bartschs Augenwasser. Zu haben bei: Ernst Bauer, Adler-Drogerie, Paul Vogel, Central-Drogerie

Eine unterhaltene Bettstelle
mit Kopf- u. Matratzen- u. Kinderbett. 5 Mk. verkaufen
Aue, Wollstraße 10.

Sänglingsfürsorge.
Unentgeltliche Besorgung für Säuglinge und Kinder bis zum vollenden 6. Lebensjahres.
Durlach, Ettlingerstr. 16.
Donnerstag, 29. Juni, 2-4 Uhr nachmitt.

Evangel. Gottesdienst.
Durlach, Donnerstag, 29. Juni, abends 8 Uhr.
Bodengottesdienst: Wolfhard.

George Bully
jedes Alter voll ihm werden Trist und Seniation mit
Stella Harf
in der Hauptrolle.
Voranzeige:
Der große dreiteilige
Nichter-Anstaltsfilm
Die Abenteuer
von Monte Carlo
Angekommen bei
Auslandstheater im
Jahre mit erstkl. Rollen
besetzung!